



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Europaausschuss
- L 214 -

Kiel, 3. März 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1142
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 1156

K u r z b e r i c h t

*über die 25. Sitzung des **Europaausschusses***

*am Mittwoch, dem 2. März 2011,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags*

Beginn: 13:10 Uhr

Zunächst diskutierte der Ausschuss über den Antrag der Fraktion der SPD betr. **Eine europäische Nordsee-Strategie unterstützen**, Drucksache 17/1072, und den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1175. Er beschloss einstimmig, die weitere Beratung der Anträge zurückzustellen und den Landtag aufzufordern, die Landesregierung zu bitten, die dänische EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen, um die Nordseepolitik voranzubringen.

Sodann beschloss der Ausschuss, den Gesetzentwurf der Fraktion des SSW zur **Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich**, Drucksache 17/522, in seiner Sitzung am 11. Mai 2011 weiter zu beraten und dann einen Beschluss zu fassen.

Nach einer Diskussion empfahl der Ausschuss vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Sozialausschusses dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der LINKEN den Antrag der Fraktion des SSW betr. **Schleswig-Holsteinische Initiativen in Archangelsk unterstützen**, Drucksache 17/729, zur Ablehnung.

Den Bericht der Landesregierung **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark**, Drucksache 17/782, nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Zu den **Konzeptionellen Überlegungen zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit**, Umdruck 17/1795, kam der Ausschuss überein, dass die Fraktionen dazu Stellung beziehen.

Auf seine Sitzung am 11. Mai 2011 vertagte der Ausschuss den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW zur **Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/268, sowie den Bericht der Landesregierung zum **Stand der Integration in Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/1045.

Zum Antrag der Fraktion der SPD betr. **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013**, Drucksache 17/1071, dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. **Für eine**

grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2013: Keine öffentlichen Gelder mehr für die Industrialisierung der Landwirtschaft, Drucksache 17/1176, und dem dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1229, beschloss der Ausschuss, sich dem Verfahren des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses anzuschließen.

Sodann stellte der Ausschuss erste Überlegungen zum **10. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Schleswig-Holstein** an.

Abschließend beschloss er, das zuständige Ministerium aufzufordern, über die zukünftige **Neugliederung der Förderkulisse für INTERREG V A (2014 - 2020)**, Umdruck 17/1953 (neu), zu berichten.

Außerdem beschloss er, vom 28. bis zum 30. September 2011 eine Ausschussreise nach Brüssel durchzuführen, bei der unter anderem das dortige Hanse-Office besucht werden solle.

Schluss: 14:30 Uhr

gez. Thomas Wagner